

(Landkreis-) Politik in Corona-Zeiten

Endlich an Kinder, Jugendliche und Familien denken!

Die Situation von Kindern und Jugendlichen ist in der Corona-Krise prekärer denn je. Momentan werden für viele Gruppen im Land pandemie-gerechte Lösungen gefunden, leider im Bildungs- und Betreuungssystem zu wenig. Es scheint, als würden die Regierenden die Bedürfnisse junger Menschen und Familien weiterhin nicht priorisieren. Das muss sich ändern, denn diese Gruppen unterliegen den größten Einschränkungen der Pandemie – trotz den erfreulichen Entwicklungen der Infektionszahlen in unserer Region.

Das Wort der Corona-Krise 2020 lautet schon jetzt "systemrelevant", doch scheinbar sind für die aktuelle Debatte junge Menschen und Familien dies nicht. Die Familienministerin sitzt nicht im Corona-Krisenstab der Bundesregierung, es gab bislang weder einen Familien-, noch einen Kinderoder Jugendgipfel in dieser Pandemie: Diese Perspektiven bleiben unerhört.

Das Ergebnis: Die Aufgabe der Kinderbetreuung liegt auf den Schultern junger Familien und belastet vor allem Frauen* stark. Wer ein gleichberechtigtes Familienleben führen will, kämpft in dieser Zeit besonders. Überwiegend stecken Frauen* zurück und leisten den Großteil der Care-Arbeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht vor einer Zerreißprobe und der Rollback der Gleichberechtigung vor einem Comeback. Das können wir nicht hinnehmen.

Auch die Chancengleichheit und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen leiden unter der Isolation, Unterschieden beim digitalen Zugang zur Bildung, Lernproblemen, dem möglichen Anstieg von Verhaltensauffälligkeiten und häuslicher Gewalt. Wir befürchten gerade bei Jüngeren einen starken Anstieg sozialer Kosten und die Gefährdung der psychischen und physischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Dies ist für sich gesehen schon schlimm genug, hinzu kommen jedoch auch die monetären Kosten, die der Volkswirtschaft in Zukunft entstehen werden. Statt präventiven Maßnahmen und dem Schutz der Kinder und Jugendlichen müssen dann später teurere Maßnahmen ergriffen werden, um die jetzt entstandenen Probleme abzufedern. Die Folgen werden die Betroffenen und die Gesellschaft lebenslänglich begleiten und ihre Entwicklungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten stark einschränken. Auch ältere Schüler*innen, Auszubildende und Studierende profitieren vom gemeinsamen, sozialen Lernen, denn Bildung ist mehr als Lerninhalte. Ihre aktuelle Situation dürfen wir nicht aus dem Fokus verlieren, denn Schulausfälle und ungleiche Lernbedingungen beeinflussen die Entwicklung der Schüler*innen, unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft langfristig.

Die Investitionen, die Bund und Länder heute tätigen, beeinflussen das Leben der aktuellen und kommenden Generationen. Das ist zwar in dieser Krise der richtige Ansatz, wir müssen aber nun konkret die Probleme der Zukunft anpacken: die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft, die wirksame Bekämpfung der Klimakrise sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Herausforderungen für junge Menschen und Familien im Landkreis München

Zum dauerhaften Schutz vor Covid-19 und für mehr gesellschaftliche Solidarität und Disziplin brauchen wir noch lange angemessene und nachvollziehbare Hygiene-und Gesundheitsschutzmaßnahmen. Wir bedauern es, dass bevor Kindergärten und Schulen in den Regelbetrieb zurückkehren können, beispielsweise öffentliche Flohmärkte vollends öffnen konnten.

Gerade in Schulen, Jugendzentren und Einrichtungen der frühkindlicher Bildung können die festen Gruppen eine leichte Kontaktnachverfolgung im Infektionsfall gewährleisten.

- Wir fordern, dass die kommunale Kinder- und Jugendarbeit unter Einhaltung der Infektionsschutzregelungen wieder umfänglich und in allen Kommunen möglich wird, insbesondere draußen, digital oder in kleinen Gruppen.
- Wir müssen gerade jetzt die Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis stärken. Politische und partizipative Projekte müssen stärker gefördert und Vertreter*innen der Kinder- und Jugendarbeit in sie betreffende politische Entscheidungen eingebunden werden. Auch auf anderen politischen Ebenen brauchen Kinder, Jugendliche und Familien eine Lobby!
- Wir fordern, jüngere Kinder ab 1. Juli 2020 wieder gemeinsam und vollständig zu betreuen.
 Hierbei soll vor allem darauf geachtet werden, dass die Einrichtungen auch in diesen Zeiten
 ihrem Bildungsauftrag in Umfang und Qualität gerecht werden. Dazu wollen wir
 Grundschulen unter den notwendigen Hygienemaßnahmen öffnen, wenn es die regionalen
 Infektionszahlen ermöglichen und die Eltern dies wünschen. Die aktuelle Studie aus BadenWürttemberg macht uns dabei Mut. Hierfür braucht es lageangepasste flexible Konzepte und
 weiterhin bessere digitale Bildung. Zum Schutz der Mitarbeiter*innen müssen dabei endlich
 Testungen erfolgen und ausreichend Schutzmaterial zur Verfügung gestellt werden.
- Deswegen fordern wir den Landkreis München und seine Kommunen auf, die Digitalisierung in den Schulen voranzutreiben. Zudem müssen vor allem finanziell schwächere Familien unbürokratischen Zugang zu notwendiger Hard- und Software haben.
- Die Betreuungslage für Kinder und Jugendliche stellt Familien vor Herausforderungen. Den anstehenden Sommerferien blicken viele Familien in der Pandemie eher mit Sorge als mit der Aussicht auf Erholung entgegen. Betreuung der Kinder oder (Kurz-)Urlaube können sich längst nicht alle leisten. Wir fordern deshalb, dass der Landkreis München die freien Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe sowie kommunale Organisationen dabei finanziell unterstützt, günstige regionale Betreuungsangebote, Tagesaktionen oder Ausflüge für die Sommerferien zu realisieren.
- Wir rufen die Staatsregierung dazu auf, aktiv an einem sozial- und bildungspolitischen Konzept für eine mögliche zweite Welle zu arbeiten, in dem u.a. Lernplattformen kontinuierlich ausgebaut werden und Lehrer*innenfortbildungen angeboten werden, um einen qualitativ hochwertigen Lehrbetrieb digital gewährleisten zu können. Hier müssen die Bedürfnisse von Jüngeren und von Familien in den Fokus!

Die Klimakrise verlangsamt sich auch in Corona-Zeiten nicht. Wir brauchen daher klare ökologische und sozialpolitische Rahmenbedingungen, um unseren Planeten in einem guten Zustand an unsere Kinder weiterzugeben.

- Unsere Landkreis-Kommunen und deren Bewohner*innen sind finanziell unterschiedlich aufgestellt. Um die Kreisumlage unter diesen Umständen nicht erhöhen zu müssen, sind die Übernahme der ausfallenden Gewerbesteuern und die Hilfen für den ÖPNV durch das Konjunkturpaket des Bundes eine wichtige Unterstützung in dieser Krise.
- Schon jetzt ist absehbar, dass durch die enormen Einbrüche im Steueraufkommen, viele Projekte vor Ort auf der Kippe stehen. Trotz der anstehenden Haushaltsengpässe rufen wir die 29 Kommunen im Landkreis München dazu auf, sorgsam zu prüfen, an welchen Stellen gespart werden muss. Zukunftsfähige Investitionen in Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie in die klimafreundliche Umgestaltung unserer Kommunen sind nicht nur weiter notwendig. Sie kurbeln auch die Konjunktur an, sorgen für Beschäftigung und beugen präventiv steigenden Ausgaben vor.

Insbesondere in Corona-Zeiten muss die (Landkreis-) Politik im Rahmen der angesprochenen Impulse endlich an Kinder, Jugendliche und Familien denken.

Einstimmig beschlossen von der Kreisversammlung der GRÜNEN im Landkreis München am 17. Juni 2020.